

Offener Brief an:

Holger Astrup (SPD), Dietrich Austermann (CDU), Wolfgang Baasch (SPD), Christian von Boetticher (CDU), Peter Harry Carstensen (CDU), Uwe Döring (SPD), Ute Erdsieck-Rave (SPD), Thorsten Geerds (CDU), Lothar Hay (SPD), Jost de Jager (CDU), Jörg-Dietrich Kamischke (CDU), Ulrich Lorenz (SPD), Heinz Maurus (CDU), Claus Möller (SPD), Konrad Nabel (SPD), Ernst-Dieter Rossmann (SPD), Klaus Schlie (CDU), Ralf Stegner (SPD), Herlich-Marie Todsens-Reese (CDU), Gitta Trauernicht (SPD), Angelika Volquartz (CDU), Johann Wadephul (CDU), Jörg Wenghöfer (SPD), Rainer Wiegard (CDU),

Der Brief geht zusätzlich an alle Fraktionen und Parteien des schleswig-holsteinischen Landtags sowie an die landesweite Presse.

Kiel, am 12.04.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

der LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e.V. ist in Sorge!

Deshalb wendet er sich hiermit an alle Fraktionen, besonders aber an die verhandelnden Koalitionsparteien in Schleswig-Holstein.

Wir wollen in der jetzigen politischen Situation nicht versäumen, auf den Stellenwert der Frauenpolitik in Schleswig-Holstein hinzuweisen. Alle aktuellen landespolitischen Diskussionen, die wir wahrnehmen, lassen dieses Thema vermissen. Wir befürchten daher frauenpolitische Rückschritte und machen uns ernsthaft Sorgen, dass die bis heute erreichten Rahmenbedingungen zerbrechen.

In Schleswig-Holstein leben wir in einem Bundesland, das es in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik weit gebracht hat. Wir können stolz sein auf ein „Frauenministerium“, eingebunden in das „Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie“, auf ein „Institut für Frauenforschung und Gender-Studien“, auf (fast) flächendeckend vorhandene Beratungsstellen für Frauen, auf haupt- und ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte und auf Frauenhäuser.

Darüber hinaus gibt es eine große Zahl engagiert arbeitender Frauenverbände, von denen alleine 54 Vereine und Verbände, die mehr als 1 Million Frauen vertreten, im LandesFrauenRat zusammengeschlossen sind. Wir erwarten, dass dieser erreichte Stand unter der zukünftigen Regierung einer großen Koalition qualitativ weiterentwickelt und ausgebaut wird.

Dies verlangt eine Politik auf allen Ebenen, die sich nicht nur auf Frauen beschränkt, sondern alle Bereiche als zusammenhängend begreift.

Ziel ist die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft, und dass Frauen in vollem Umfang an Entscheidungsprozessen und am politischen Leben teilhaben.

Frauen waren noch nie so gut ausgebildet wie heute. Dennoch haben Frauen nicht die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer. Die Differenz gegenüber der Erwerbsquote ist in Deutschland besonders hoch. Trotz hervorragender Qualifikationen sind Frauen in **leitenden Positionen noch immer unterrepräsentiert**.

Die **demographische Entwicklung** stellt unser Land und Europa vor erhebliche Probleme. Der bereits vorhandene Mangel an Fachkräften in einer immer älter werdenden Gesellschaft bedeutet tief greifende Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Volkswirtschaftlich ist es somit falsch, dass sich Frauen wegen mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft vom Arbeitsmarkt verabschieden müssen, wenn sie Kinder bekommen. Der Schlüssel dafür ist der **Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten**.

Nach wie vor gibt es Handlungsbedarf bei dem Thema **Gewalt** gegen Frauen. Dabei geht es um die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, des Frauenhandels und der Zwangsheirat.

Die Europäische Union hat sich dem Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau verschrieben. Mit der Strategie des **Gender Mainstreaming** werden bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein berücksichtigt. Das Instrument des Gender Mainstreaming sollte als Ergänzung zur Frauen- und Gleichstellungspolitik weiterentwickelt werden.

In diesem Zusammenhang halten wir es für unabdingbar notwendig, dass entsprechend dem grundgesetzlichen Auftrag des Art. 3, Abs. 2 GG das **Gleichstellungsgesetz in Schleswig-Holstein und die gesetzliche Absicherung der Gleichstellungsstellen** weiterhin Bestand haben werden.

Wir fordern Sie auf, gemeinsam mit uns den Weg einer zukunftsorientierten Frauen-Politik konsequent weiterzuverfolgen und freuen uns auf eine neue Legislaturperiode, in der wir Kontinuität und neue Ideen miteinander verknüpfen können.

Mit freundlichen Grüßen



Renate Oestergaard
Vorsitzende